Vorbemerkungen:

Der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Euskirchen sind jeweils für ihr Kreisgebiet Aufgabenträger gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 des ÖPNVG NRW. Ihnen obliegt daher die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV auf ihrem Gebiet. Zwischen beiden Kreisen bestehen Verkehrsbeziehungen in Form von kreisgrenzenüberschreitenden Buslinien.

Erläuterungen:

Bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 hatten der Kreis Euskirchen und der Rhein-Sieg-Kreis die Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) über so genannte marktorientierte Direktvergaben (moD) beauftragt. Im Rahmen dieser moD erfolgten linienbezogene Ergebnisrechnungen, bei denen die RVK die "Defizite" der einzelnen Linien direkt den betroffenen Gebietskörperschaften zugeordnet hatte. Für die Linie 984 wurde beispielsweise seitens der RVK sowohl dem Kreis Euskirchen als auch dem Rhein-Sieg-Kreis das jeweilige Ergebnis – bezogen auf das jeweilige Kreisgebiet - zugeordnet.

Mit Umstellung der Vertragsverhältnisse beider Kreise auf Öffentliche Dienstleistungsaufträge (öDA) änderte sich die Systematik. Es musste für jede Linie ein zuständiger Aufgabenträger bestimmt werden. Die beiden Kreise einigten sich dabei auf folgende Zuordnung (s. Präambel des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung):

- Kreis Euskirchen: Linien 802, 806, 984 und 986
- Rhein-Sieg-Kreis: Linie 741

Die RVK rechnet über den jeweiligen öDA mit beiden Kreisen auch die Kosten und Erlöse der Verkehrsdurchführung ab, die in dem jeweiligen Nachbarkreis erbracht wird. Durch die abzuschließende öffentlich-rechtliche Vereinbarung soll die Zuordnung der oben genannten Linien auf den jeweiligen Kreis bestätigt werden und gleichzeitig geregelt werden, dass beide Kreise sich verpflichten, dem jeweils anderen Kreis die Aufwandsabdeckung für die im Auftrag des anderen auf dem eigenem Kreisgebiet erbrachten Leistungen zu erstatten.

Derzeit ist mit einem an den Kreis Euskirchen zu zahlenden Ausgleichsbetrag in Höhe von 27.000,- € zu rechnen.

Weitere Voraussetzungen für die Umsetzung sind ein Kreistagsbeschluss des Landkreises Euskirchen zur Unterzeichnung der als **Anhang 1** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie deren Genehmigung und Bekanntmachung durch die

die Bezirksregierung Köln als zuständige Aufsichtsbehörde gem. § 24 Absatz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW).

Die Abstimmung auf Verwaltungsebene mit dem Kreis Euskirchen ist erfolgt. Die Sitzungsfolge ist dort wie folgt vorgesehen: Finanzausschuss am 17.03., Kreisausschuss am 24.03. und Kreistag am 14.04.2021.

Über das Beratungsergebnis in der Sitzung des Finanzausschusses wird mündlich berichtet.

(Landrat)